

Der Vollzugsdienst

1/2022 – 69. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**63. Jahrestagung
des dbb auch 2022 wieder
in digitaler Form**

dbb-Chef fordert Respekt und Wert-
schätzung für den öffentlichen Dienst

Seite 2

**Das 4-Säulen-Modell – was
verbirgt sich dahinter und was
meint der BSBD dazu?**

Baden-Württemberg will die
Vorgaben des BVG umsetzen

Seite 9

**Bundesvereinigung der Anstalts-
leiter*innen fordert Impfpflicht
für Vollzugseinrichtungen**

In NRW sind annähernd 90 Prozent der
Justizvollzugsbediensteten geimpft

Seite 47

Personalratswahlen 2022



LVHS für den Hamburger Justizvollzug



**Ein starker Personalrat
für eine starke Personalvertretung**



NIEDERSACHSEN



RHEINLAND-PFALZ



SCHLESWIG-HOLSTEIN

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Liebe Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug ...
... Anmerkungen des BSBD Bundesvorsitzenden René Müller
- 2 Tarifvertreter der Länder treffen sich zum Seminar in Königswinter
- 2 63. Jahrestagung des dbb auch 2022 wieder in digitaler Form
- 3 Grünzonen wirken sich positiv auf das Wohlbefinden von Insassen aus
- 4 BSBD Bundesseminar in Königswinter „Noch ist Polen nicht verloren“
- 5 Bilder vom 40. BSBD Bundesgewerkschaftstag in Soltau

LANDESVERBÄNDE

- 6 Baden-Württemberg
 - 13 Bayern
 - 15 Berlin
 - 19 Brandenburg
 - 22 Hamburg
 - 30 Hessen
 - 37 Mecklenburg-Vorpommern
 - 41 Niedersachsen
 - 45 Nordrhein-Westfalen
 - 59 Rheinland-Pfalz
 - 62 Saarland
 - 65 Sachsen
 - 68 Sachsen-Anhalt
 - 74 Schleswig-Holstein
 - 82 Thüringen
-
- 64 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 2/2022:



12. April 2022

Koalitionsvertrag 2021 – 2026

Der BSBD Berlin sieht noch sehr viel Handlungsbedarf

Der von den Berliner Regierungsparteien nach der Wahl unterschriebene Koalitionsvertrag deckt alle Aspekte ab, die in den nächsten fünf Jahren die Politik der Stadt bestimmen soll. Auch die Justiz ist in dem 158 Seiten starken Papier genannt.

Die Digitalisierung der Justiz spielt natürlich eine Rolle. Nach dem letzten Bericht des Rechnungshofes von Berlin ist hier auch mehr als dringender Handlungsbedarf notwendig.

In vielen Bereichen wird aber der Status-Quo festgeschrieben.

Zukünftige Entwicklungen und Veränderungen in der Gesellschaft wurden nur bedingt berücksichtigt.

Die Personalsituation soll bedarfsgerecht angepasst werden. Eine Standardformulierung der letzten Jahre. Qualifizierung, Fortbildung und Perspektiven für die Beschäftigten wurden nicht erwähnt.

Hier sieht der **BSBD Berlin** noch sehr viel Handlungsbedarf. Qualifizierung von Führungskräften, Ausbau der Sozialberatung (gerade unter den aktuellen Coronabedingungen), Flexibilisierung bei der Arbeitszeit, berufliche und finanzielle Perspektiven und der Schutz vor Gewalt jeglicher Art und Weise am Arbeitsplatz sind nur einige offene Baustellen innerhalb der Justiz.

Wir hoffen, dass der Stillstand der letzten Jahre, gerade was den Justizvollzug betrifft, endlich beendet wird. Hier ist vor allem Transparenz auch gegenüber den Beschäftigten gefragt!

Hier der Koalitionsvertrag im Wortlaut:

13. Justiz

Die Koalition steht für eine moderne, leistungsfähige, starke und unabhängige Justiz, mit geordneten und fairen Verfahren.

Effektiver Rechtsschutz muss professionell, in angemessener Zeit und unabhängig vom Einkommen gewährleistet werden. Wir werden die Verfahrenslaufzeiten bei den Gerichten verkürzen.

Deshalb werden wir die Anzahl der Beschäftigten bei den Gerichten und den Geschäftsstellen bedarfsgerecht entwickeln.

Wir wollen die Justizgebäude ertüchtigen und sicher für alle Mitarbeiter*innen der Justiz machen. Die Koalition wird den Justiz-Campus in Moabit unter Einbeziehung des Flächenpotenzials

des aktuellen Parkhausstandortes weiterentwickeln und ein zwölftes Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf bauen.

Das Verwaltungsgericht wird den neuen Standort im Kathreinerhaus in Schöneberg beziehen.

Die Gerichts- und Staatsanwaltschaften und das Verfahrensrecht sollen und bei Bedarf angepasst werden.

Die Koalition wird die Struktur des Landgerichts ändern und ein selbständiges Strafgericht auf dem Justiz-Campus Moabit schaffen.

Den Stellenaufwuchs der Berliner Justiz in den vergangenen Jahren werden wir fortsetzen.

Wir setzen uns für Frauenförderung und mehr Diversität in der Justiz ein, eine paritätische Besetzung des Richterwahlausschusses streben wir politisch an.

Die Koalition baut das Fortbildungsangebot für Familienrichter*innen, Jugendstrafrichter*innen und Jugendstaatsanwält*innen aus, insbesondere hinsichtlich psychologischer und sozialwissenschaftlicher Fachkenntnisse, die für die Anhörung von Kindern in Gerichtsverfahren unerlässlich sind.

Die Koalition will eine breite Debatte über eine Reform der Juristenausbildung anstrengen. Die Koalition vereinbart daher eine Qualitätsoffensive in der Aus- und Fortbildung, zu der neben der Einführung der elektronischen Klausur zunächst im zweiten Staatsexamen auch die Förderung der Grundlagenfächer und der kritischen Rechtswissenschaft, die Auseinandersetzung mit NS-Justiz-Unrecht, von Diversity-Kompetenz, eine diskriminierungsfreie Ausbildung und eine zeitliche Streckung der Prüfungsleistungen gehören. Die Erhaltung des universitären Schwerpunktbereichs unterstützen wir.

Die Koalition wird die Attraktivität des Ausbildungsstandorts Berlin erhöhen und prüft für Auszubildende und Referendar*innen die Einführung eines bedarfsgerechten Wohnzuschusses.

Wir öffnen die Ausbildung in der Justiz für Bewerber*innen auch ohne deutsche oder europäische Staatsangehörigkeit. Wir werden an einem Amtsgericht die Richterassistenz als Pilotprojekt erproben.

Die Digitalisierung der Justiz werden wir unter Einhaltung der hohen Datenschutzstandards vorantreiben. Die Koalition wird die organisatorischen und haushälterischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass der elektronische

Rechtsverkehr und die elektronische Akte (E-Justice) auch in Eingangsregistrierungen und den Geschäftsstellen planmäßig eingeführt werden können.

Die Videokonferenztechnik wird mit dem Ziel weiter ausgebaut, dass in jedem Gericht eine ausreichende Anzahl von Sälen mit entsprechender Technik zur Verfügung steht. Die Zahlungsverfahren werden weiter digitalisiert. Wir streben eine bessere Dokumentation von Strafverfahren an.

Die IT-Struktur wird in eine länderübergreifende Kooperation überführt. Wir werden das Justizportal weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Innovationszentrum Berlin für \u201eLegal Tech Anwendungen\u201c gegründet wird.

Wir wollen die Geldwäsche-Aufsicht im Nicht-Finanzsektor und die Taskforce Geldwäsche am Landgericht weiter ausbauen. Der Senat wird sich weiter mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Meldepflicht der Notar*innen erweitert und die Befugnisse der Aufsichtsbehörden gestärkt werden.

Wir werden die Finanzämter für Fahndung und Strafsachen sowie für Körperschaften, das LKA 3 und die Hauptabteilung 4 der Staatsanwaltschaft stärken.

Der Senat wird sich für ein bundesweites IT-basiertes automatisches Meldesystem einsetzen, um CumEx-ähnliche Geschäfte dauerhaft zu verhindern.

Eingezogene Immobilien wollen wir auch weiterhin wo immer möglich einer Gemeinwohlnutzung zuführen.

Wir halten an den regionalisierten Jugendstaatsanwaltschaften fest, um schnelle Verfahren zu gewährleisten.

Die Koalition wird die Bildung einer spezialisierten Arbeitseinheit in der Berliner Staatsanwaltschaft veranlassen, die den Schwerpunkt betriebsverfassungsrechtliche Straftaten hat.

Wir werden den mit Betätigungsmitteln besetzten Abteilungen der Staatsanwaltschaft entsprechend kriminalitätsbelastete Orte als Zuständigkeit zuordnen und Dezernent*innen als Ansprechpersonen für die zuständigen Direktionen und das LKA schaffen.

Moderner Vollzug braucht zukunftsfähige und sichere Gebäude. Wir werden weitere Anstrengungen bei der Sanierung unternehmen.

Die Ausbildung für den Allgemeinen Vollzugsdienst werden wir auf dem bisherigen Niveau fortsetzen und zur Stei-

gerung seiner Attraktivität eine neue Laufbahn prüfen. Resozialisierung ist die beste Prävention und damit ein wichtiger Beitrag zu mehr Sicherheit.

Daher wird die Koalition den Resozialisierungsgedanken gesetzlich weiter stärken. Die Resozialisierungsmaßnahmen werden früher angesetzt; die Ausbildung der Gefangenen, die Sozialarbeit und Bewährungshilfe schon während der Haft gestärkt. Wir wollen die Suizidprävention verbessern.

Die Digitalisierung von Hafträumen zur Verbesserung der Resozialisierungsbedingungen werden wir zügig vorantreiben. Der offene Vollzug ist am besten geeignet, die Inhaftierten auf ein Leben ohne Straftaten vorzubereiten. Den Anteil der Inhaftierten, die nach zwei Drittel der Haftzeit entlassen werden, wollen wir erhöhen und zu den anderen Bundesländern aufschließen. Besser als eine Inhaftierung ist die Vermeidung von Haft. Daher wird sich die Koalition dafür einsetzen, dass Ersatzfreiheitsstrafen seltener verbüßt werden müssen, indem Angebote der gemeinnützigen Arbeit statt Strafe verstärkt werden und der Umrechnungsmaßstab angepasst wird. Menschen, die eine Geldstrafe für kleinere Vergehen nicht bezahlt haben, sollen eine Ersatzfreiheitsstrafe in der Regel im offenen Vollzug verbüßen. Wir werden die Substitutionsbehandlung und die Behandlung von konsumassoziierten Infektionskrankheiten im Vollzug verbessern.

Die Koalition stärkt die Rechte von Kindern in gerichtlichen Verfahren. Wenn Kinder Opfer von Gewalt werden, sind sie nicht nur durch die Gewalt selbst, sondern oft auch durch anschließende Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozesse besonders belastet.

Die Koalition wird die Gewaltambulanz, die Kinderschutzambulanzen und das Projekt Childhood-Haus verstetigen, die weitere Finanzierung sicherstellen und dem steigenden Bedarf Rechnung tragen.

Der Ausbau der Gewaltambulanz zu einem interdisziplinären Gewaltschutzzentrum wird angestrebt und eine digitale Gewaltambulanz eingerichtet.

Konfliktbeilegung durch Mediation an den Gerichten wird die Koalition stärken. Durch kontinuierliche Fortbildung und Supervision sollen noch mehr Richter*innen nachhaltig zur erfolgreichen Durchführung solcher Verfahren befähigt werden.

Die Gerichte sollen durch eine ausreichende personelle und sachliche Ausstattung unterstützt werden, um

verstärkt Mediation anbieten können. Verhandlungstechnik und Mediation soll Bestandteil der Jurist*innenausbildung werden.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass der Zugang zu Recht und Justiz verbessert wird und wird die laufende Studie fortsetzen. Jeder hat unabhängig von Rechtskenntnissen, Einkommen, Geschlecht, Hautfarbe, Bildungsgrad, sprachlichen Barrieren oder sozialem Kapital einen Anspruch auf verfahrensgerechte, diskriminierungsfreie und materiell richtige Entscheidungen.

Die Lösung rechtlicher Auseinandersetzungen darf nicht privatisiert werden. Deswegen werden wir die Beratungshilfen und Rechtsantragstellen ausbauen. Wir werden an einem Amts-

gericht ein Modellprojekt starten, bei dem Räumungsklagen durch Justizbedienstete zugestellt werden, um Versäumnisurteile aufgrund unterbliebener Kenntnisaufnahme zu vermeiden. Die Koalition setzt sich im Bund für weitere Schritte zur Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein und des Containerns ein.

Das Lobbyregistergesetz wird evaluiert und die Regeln zur Mandatsausübung ähnlich den Regeln des Bundestags erweitert.

Die staatlichen Stellen zur Korruptionsbekämpfung werden ausgebaut.

Die Koalition passt das Berliner Neutralitätsgesetz in Abhängigkeit von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts an. ■

Gesundheitspakt im Justizvollzug ausgezeichnet

Es lohnt sich für die Gesundheit der Beschäftigten einzutreten

Der Gesundheitspakt im Berliner Justizvollzug wurde mit dem Corporate Health Award 2021 ausgezeichnet. In den 13 Jahren seines Bestehens konnten bei 3.500 Bewerbern und 750 Firmen insgesamt 230 Auszeichnungen überreicht werden. Der öffentliche Dienst ist selten vertreten. Deshalb ist die Auszeichnung ein besonderer Verdienst.

Die Auszeichnung kann nur ein kleiner aber wichtiger Beitrag zur Wertschätzung und Anerkennung der täglichen Leistung im Justizvollzug gesehen werden. Wir dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen.

„Der zwischen der Senatsverwaltung für Justiz, Antidiskriminierung und Vielfalt, den Vollzugsanstalten und den Interessenvertretungen und dem **BSBD Berlin** unterzeichneten Gesundheitspakt darf nicht statisch sein“, äußerte sich der Landesvorsitzende des **BSBD Berlin**, **Thomas Goiny**, zu der Auszeichnung.

Der **BSBD Berlin** hat in dem seit 2015 erstmalig mit dem Justizsenator **Thomas Heilmann (CDU)** vereinbarten Gesundheitspakt im Justizvollzug im-



mer wieder die intensive Einbindung der Beschäftigten gefordert. So wurde der Gesundheitspakt in 2017 mit dem Justizsenator **Dirk Behrendt (Grüne)** erneuert.

Der **BSBD Berlin** geht davon aus, dass auch in dieser Legislaturperiode, zum nächsten Treffen im Herbst, der Gesundheitspakt, mit der neuen Justizsenatorin **Lena Knack (Linke)** erneut verbindlich vereinbart wird.

Der Award ist auch ein Beispiel dafür, dass es sich lohnt, für die Gesundheit der Beschäftigten einzutreten. Es ist nicht nur ein Zeichen an die Politik mehr auch in allen anderen Bereichen

des öffentlichen Dienstes zu tun, sondern auch eine Verpflichtung für die Dienststellen, die Vereinbarung des Gesundheitspaktes immer als Maßstab für die Personalpolitik hochzuhalten.

Der Gesundheitspakt muss vor Ort gelebt werden und den Führungskräften muss es Ansporn sein, sich intensiv mit ihren Beschäftigten auseinanderzusetzen.

Denn dafür wurde die Vereinbarung unterzeichnet. Für die Kolleginnen und Kollegen, und nicht als Deko für die Wand oder den Aktenordner!

Der **BSBD Berlin** bedankt sich ausdrücklich bei den vielen Kolleginnen und Kollegen in den Personalräten, den Frauenvertretungen und den Schwerbehindertenvertretungen, die sich immer aktiv an der Gestaltung der Vereinbarung eingebracht und zum Erfolg beigetragen haben.

Das intensive Bemühen ist auch ein Aushängeschild und Motivation für die Beschäftigten und die Möglichkeit damit in der Öffentlichkeit zu werben und neue Mitarbeiter/innen zu gewinnen.

In der Stellungnahme der Senatsverwaltung heißt es:

Gleich bei ihrer ersten Wettbewerbsteilnahme haben die Berliner Justiz-

vollzugsanstalten beim **Corporate Health Award 2021** das Exzellenzsiegel erhalten. Der Preis wird jährlich an Behörden vergeben, die sich nachweislich überdurchschnittlich für die Gesundheit der eigenen Mitarbeitenden engagieren.

Im Bewerbungsverfahren mussten die Bestandteile des **Betrieblichen Gesundheitsmanagements** einer Überprüfung standhalten.

Dazu gehörten der Arbeits- und Gesundheitsschutz, das betriebliche Eingliederungsmanagement sowie Aktivitäten zur Stärkung der individuellen Gesundheitsförderung.

Die dafür zuständigen Serviceeinheiten sorgten für die aufwendige Aufbereitung der vielfältigen Aktivitäten der letzten fünf Jahre. Nach Auswertung der Unterlagen gab es einen Branchenbenchmark.

Dazu wurden die Justizvollzugsanstalten bundesweit mit anderen Behörden des öffentlichen Dienstes hinsichtlich der Umsetzung ihres betrieblichen Gesundheitsmanagements verglichen. Nach dem Vergleich erfolgte die Einstufung des betrieblichen Gesundheitsmanagements in eine der möglichen drei Klassen: Entwicklungs-, Prädikats- und Exzellenzklasse. Die Justizvollzugs-

anstalten wurden in die höchste Kategorie **Exzellenzklasse** eingeordnet. In einem externen Audit wurden schlussendlich noch offene Fragen beantwortet.

Die Entscheidung, ob die Berliner Justizvollzugsanstalten zu den gesündesten Unternehmen gehören, oblag im letzten Schritt der Entscheidung eines Expertengremiums.

Die Ergebnisse des gesamten Bewertungsprozesses wurden genau unter die Lupe genommen.

Alle waren sich einig, dass die Berliner Justizvollzugsanstalten im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements zu „Deutschlands vorbildlichsten Unternehmen“ zählen.

Übergabe der Urkunde

Am 8.12.2021 wurden „Die Berliner Justizvollzugsanstalten“ beim **Corporate Health Award** für ihr herausragendes betriebliches Gesundheitsmanagement mit dem **Exzellenz-Siegel** (Vorbildklasse) ausgezeichnet.

Die Siegelurkunde wurde im kleinen, feierlichen Rahmen stellvertretend für alle Justizvollzugsanstalten den drei Anstaltsleitungen übergeben.

Das Siegel wird uns nun in der externen und internen Kommunikation begleiten. ■

Gute Performens – Werbekampagne im Justizvollzug

Der BSBD mahnt grundsätzliche Verbesserungen für die Beschäftigten an

Mit der aktuell gut gestalteten Werbekampagne „Voll Deins“ wirbt der Justizvollzug mediengerecht für die Berufe im Berliner Justizvollzug. Mittlerweile sind fast alle Berufsbilder Mangelberufe und die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber hat doch deutlich nachgelassen.

Der **BSBD Berlin** hält die neue Werbekampagne, die auch gerade die sozialen Medien wie **Facebook** und **Instagram** bedient, für sinnvoll und zeitgemäß. Entsprechende Werbung wird bei den Nahverkehrsanbietern geschaltet, ebenso wie auch klassische Werbemaßnahmen, z. B. Informationsstände bei Berufsbildungsmessen.

Der **BSBD Berlin** unterstützt ausdrücklich diese Öffentlichkeitsarbeit und hofft, dass die Zahl der Ausbildungsplätze in diesem Jahr alle besetzt werden können.

Gleichzeitig befürchtet der **BSBD Berlin**, dass die Maßnahmen ins Leere laufen könnten, wenn nicht deutlich wird, welche Vorteile die Tätigkeiten im öffentlichen Dienst, bzw. im Justizvollzug für evtl. Interessierte bringen.

Der **BSBD**-Landesvorsitzende **Thomas Goiny** mahnt dringend grundsätzliche Verbesserungen für die Beschäftigten an.

„Für uns haben berufliche Perspektiven Vorrang. Das Eingangsamts darf nicht das Endamt sein. Die Verbeamtung von Tarifbeschäftigten muss vorangetrieben werden. Das gilt auch und im Besonderen für Verwaltungsbeschäftigte. Hier fehlt der Raum für Qualifizierung und Fortbildung.“

Die Aufgaben im Justizvollzug haben in den letzten Jahren einen deutlichen Zuwachs erfahren. Die Arbeitsverdichtung hat zugenommen.

Das zeigt ganz besonders die Situation im „weißen Dienst“. Die aktuelle Tarifeinigung im TVL ist völlig am Krankenpflegedienst im Justiz- und Maßregelvollzug vorbeigegangen.

Der **BSBD Berlin** erwartet, dass die neue Justizsenatorin hier zukünftig für Verbesserungen eintritt. ■



Besoldungsanpassung:

Weg für Corona-Prämie ist frei

Der BSBD Berlin erwartet eine zügige Übertragung des gesamten Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten und begrüßt den Gesetzentwurf der Regierungskoalition zur einmaligen Corona-Sonderzahlung, die als Dringlichkeitsdebatte im Plenum des Abgeordnetenhauses am 13. Januar beraten wurde.

Damit wird die Übertragung eines besonders eilbedürftigen Teils des Tarifiergebnisses für die Arbeitnehmer im Landesdienst auf die Landesbeamten vorgezogen, weil die sog. Corona-Prämie aus steuerrechtlichen Gründen nur bis 31. März 2022 – wie vorgesehen steuerfrei – gewährt werden kann. Aus Sicht des **BSBD Berlin** muss der Entwurf allerdings noch um ein Äquivalent der Prämie für die Berliner Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nachgebessert werden.

Der **BSBD Berlin** erwartet mit dem **dbb berlin**, dass nach dem Vorziehen der Corona-Prämie aus steuerrechtlichen Gründen auch die übrigen Komponenten des Tarifabschlusses zügig auf die Landesbeamtinnen und Beamten übertragen werden, äußerte der **dbb** Landeschef **Frank Becker** deutlich zu der Anpassung.

Für die Fachgewerkschaften hatte der **dbb berlin** die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifiergebnisses TV-L auf die Beamtinnen und Beamten des Landes bereits im Dezember vergangenen Jahres in einem Schreiben an die Parlamentarier, den Finanzsenator und die Regierende Bürgermeisterin von Berlin eingefordert. ■

Rechtsschutz für BSBD-Mitglieder:

Weil jeder Mensch mal Hilfe benötigt

In der heutigen Zeit wird es im öffentlichen Dienst immer wichtiger, sich und seine Angehörigen rechtlich abzusichern. Denn, es ist egal, wie sehr man sich vorsieht, es kann immer etwas passieren. Das trifft besonders auch auf Bereiche wie den Justizvollzug zu. Eine Unachtsamkeit, Stress und Arbeitsdruck kann zu Fehlern führen, mit unbeabsichtigten Folgen.

Und manchmal hat man alles richtig gemacht und trotzdem muss man sich rechtfertigen, sich gegen Disziplinarverfahren wehren oder sogar vor Gericht aussagen. Auch bei persönlichen Problemen im Berufsalltag steht der Rechtsschutz für **BSBD** Mitglieder über den **dbb** zur Seite.

Der **dbb** führt für seine Fachgewerkschaften den berufsbezogenen Rechtsschutz für seine Einzelmitglieder durch.

Als Mitglied gilt der Schutz auch für das gewerkschaftliche Ehrenamt.

Das heißt, dass Personalräte, die Frauenvertretungen und Vertrauenspersonen für Schwerbehinderte und die Jugend- und Auszubildendenvertretung hier rechtlich abgesichert sind. Der Rechtsschutz kann generell nur über den **BSBD Berlin** beantragt werden. Wir beraten und prüfen!

Beratungsrechtsschutz bedeutet, dass das zuständige **dbb** Dienstleistungszentrum mündliche oder schriftliche Auskünfte oder rechtliche Kurzeinschätzungen abgibt.

Der gewerkschaftliche Rechtsschutz umfasst damit sämtliche dienst- und



Foto:
Stockwerk
Fotodesign/
stock.adobe.
com

arbeitsrechtlichen Fragen. Er umfasst auch Rechtsprobleme des Sozialrechts, soweit diese unmittelbare Auswirkungen auf das Arbeits- oder Dienstrecht haben, wie z.B. Fragen um die Feststellung des Grades der Behinderung oder Fragen im Zusammenhang mit Unfällen auf dem unmittelbaren Weg von oder zur Arbeitsstätte und ähnliches mehr.

In Straf-, Disziplinar- und Ordnungswidrigkeitsverfahren kann die Rechtsschutz gewährende Stelle im Ausnahmefall Rechtsschutz gewähren. Eine Rechtsschutzdurchführung über die **dbb** Dienstleistungszentren erfolgt hinsichtlich der straf- und ordnungswidrigkeitsrechtlichen Sachverhalte nur insoweit, als ein unmittelbarer Berufs- und Tätigkeitsbezug gegeben ist. **Es lohnt sich also Mitglied zu werden! Wir bleiben für euch am Ball!** ■

Kräfte bündeln



BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug
Landesverband Berlin



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah



Bank
Better Banking

Money, money, money!

Jetzt extra günstig:
Der Online-Wunschkredit

 ~~2,39%~~

1,99%¹

effektiver Jahreszins,
1,97 % Sollzinssatz p. a. fest
gültig für alle Laufzeiten
zwischen 24 und 84 Monaten
und Nettodarlehensbeträge
zwischen 5.000 und 75.000 Euro

Repräsentatives Beispiel:
Nettodarlehensbetrag: 10.000 Euro
Sollzinssatz p. a. fest: 1,97 %
effektiver Jahreszins: 1,99 %
Gesamtbetrag: 10.508,20 Euro
Vertragslaufzeit: 60 Monate
Monatliche Raten: 175,14 Euro
Anzahl Raten: 60
Gesamtkosten: 508,20 Euro
Darlehensgeber: BBBank eG,
Herrenstraße 2-10, 76133 Karlsruhe

¹ Konditionen freibleibend, bonitätsabhängig, Voraus-
setzung: Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied



Jetzt informieren:

In Ihrer Filiale vor Ort oder
direkt online abschließen
unter www.bbbank.de/dbb



www.bbbank.de/termin

Jetzt mit
exklusivem
Jubiläums-
Zinssatz

